



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 51064 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE – NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION · (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

22. Januar

3/76

## Rektor - Bericht

### Stellungnahme des Konzils

Auf seiner gestrigen Sitzung hat das Konzil den umfangreichen ersten Bericht des Rektors für die Jahre 74/75 begrüßt und ihn als Instrument bezeichnet, das der Öffentlichkeit ein realistisches Bild von den Reformkonzeptionen und den politischen Gründen der Möglichkeit ihrer Verwirklichung vermitteln könne. Das Konzil teile im wesentlichen die Einschätzung, die der Rektor zur hochschulpolitischen Situation gegeben habe. Dies gelte insbesondere für die Namensgebung, die Grundordnung und den Referentenentwurf des NHG, die Probleme der personellen und sachlichen Ausstattung und damit zusammenhängend der Studienplatzentwicklung, die Möglichkeit der Studienreform und die soziale Lage der Hochschulangehörigen.

Neben dieser grundsätzlich positiven Einschätzung des Berichtes enthält die zweieinhalbseitige Stellungnahme des Konzils, die sich aus Vorlagen des Vorstandes und des SHB zusammensetzt, allerdings auch einige Kritikpunkte, die hier in einer Zusammenfassung wiedergegeben werden:

■ Bei der Behandlung der Berufsverbotsproblematik wäre zu wünschen gewesen, daß eine genauere Analyse der drohenden Konsequenzen der verfassungswidrigen Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gegeben würde.

■ In der Frage der baulichen Entwicklung teilt das Konzil die Einschätzung, daß vordringlich naturwissenschaftliche Studienplätze nach der Verwirklichung der Zentralbibliothek, der Mensa und des Sportprogrammes geschaffen werden müßten.

■ Die Aussage, die Konzilsarbeit sei stärker durch Konfrontation als durch Kooperation geprägt, findet in den Tatsachen keine Stütze.

■ Die Aussage des Rektorberichtes, daß "in den kommenden Semestern die Erörterung des Projektstudiums unter hochschuldidaktischen Aspekten intensiviert werden..." muß, um "... den Studierenden ein zumindest gegenüber den traditionellen Hochschulen gleichgutes Bildungsangebot zu gewährleisten..." findet die volle Unterstützung des Konzils. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, daß konkrete Vorschläge fehlen, um eine verbesserte Koordination und Kooperation im Veranstaltungsangebot ins-

besondere bei den Projekten zu erreichen. Gleichzeitig bedauert das Konzil, daß nach wie vor einige Mitglieder des Lehrkörpers die Bereitschaft vermissen lassen, am Projektstudium mitzuwirken.

■ Im Bericht des Rektors fehlen Hinweise auf die besonders schwierige Lage der wissenschaftlichen Assistenten, die in der Qualifikationsphase unter der unzureichenden personellen und sachlichen Ausstattung, unter fehlenden akademischen Prüfungsordnungen und unter der im Einzelfall daraus resultierenden Trennung der reformierten Lehre von traditionell konzipierten Forschungsvorhaben an anderen Hochschulen besonders zu leiden haben.

■ Das Konzil vermißt ferner die Erwähnung von Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachbereichen und der zentralen Verwaltung bzw. den zentralen Einrichtungen sowie zwischen den Fachbereichen selbst.

■ Das Konzil hält die Offenlegung der Drittmittel für das Jahr 1975 für erforderlich.

■ Das Konzil weist mit Entschiedenheit die Aussage des Fachbereichs II zurück, in der behauptet wird, die Studienleistungen der Musikstudenten seien zu gering und durch eine Nachweisregelung solle eine Abdeckung der Studienanforderungen gewährleistet werden. Ebenso ist die Aussage desselben FB zurückzuweisen, daß unter den Bedingungen der ELAB in Oldenburg derzeit kein qualifiziertes Studium absolviert werden kann.

## Berufsverbot für Regina Contzen

Obwohl sie sich für das Grundgesetz und für gesellschaftliche Veränderungen durch Wahlen ausgesprochen hat, ist die Diplom-Studentin Regina Contzen, die 1972 ihr Lehrerexamen ablegte, nicht als Lehrerin in den öffentlichen Dienst eingestellt worden. In einem Brief begründete der Regierungspräsident von Osnabrück ihre Ablehnung damit, die 28jährige, die Mitglied des MSB Spartakus ist, habe in der von der zentralen Anhörungskommission in Hannover durchgeführten Vernehmung zu einigen Fragen nicht in dem Maße Stellung genommen, um Zweifel an ihrer Einstellung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung auszuräumen zu können. Bei der Anhörung handele es sich um ein Einstellungsgespräch zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das totale Offenheit verlange.

Regina Contzen erklärte dazu, sie habe alle inhaltlichen Fragen der Kommission beantwortet. Tatsächlich zeige die Begründung, daß offensichtlich die MSB-Mitgliedschaft ausgereicht habe, um sie abzuschmettern. Die Betroffene wörtlich: "Man kann diesen Kommissionen erzählen, was man will, es wird einfach nicht geglaubt. Hier entlarvt sich einmal mehr die Rechtsstaatlichkeit, die die Regierungen so gern auf ihre Fahnen schreiben".

Inzwischen hat das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote für die Einstellung von Regina Contzen innerhalb einer Woche fast 700 Unterschriften gesammelt.

Neben anderen Organisationen und Gremien protestierte das Konzil in seiner gestrigen Sitzung ebenfalls gegen das ausgesprochene Berufsverbot gegen Regina Contzen. In dem einstimmig gefaßten Beschluß heißt es, das Konzil wisse sich mit allen Demokraten einig in dem Willen, die verfassungswidrigen Berufsverbote zu Fall zu bringen. Es schließe sich dem Aufruf des "Aktionskomitees gegen die Berufsverbote" an die Bevölkerung an, sich für die Einstellung Regina Contzens einzusetzen.



### HRG - Veranstaltung:

## "Ein Klima der Verängstigung..."

Einmütig haben am vergangenen Donnerstag im Rahmen einer studentischen Vollversammlung Sprecher der Studenten, der GEW-Hochschulgruppe und des Bundesvorstandes des Bundes Demokratischer Wissenschaftler die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) durch den Bundestag und den Bundesrat Ende vergangenen Jahres scharf kritisiert und erklärt, "die häßliche Reformraute", so GEW-Bundesvorsitzender Erich Frister zum HRG habe die Hoffnung der demokratischen Öffentlichkeit auf eine Reform des Hochschulwesens zum Ende gebracht und die lebendige Bevölkerung zerstört. Für die Universität erklärte der Rektor Professor Dr. Krüger, er werde in seiner Funktion alles tun, das dieses Gesetz nicht in seiner vollen Schärfe auf die Universität durchzusetzen gelte, besonders in Hinblick auf das Ordnungsrecht und die zunehmenden staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Hochschulen, die die Freiheit von Forschung und Lehre weiter beeinträchtigen.

Im Anschluß an die Veranstaltung in der vollbesetzten Aula verabschiedeten die Studenten eine Resolution, die mit nur einigen Stimmenthaltungen angenommen wurde. Die Resolution in Auszügen: "Das nunmehr verabschiedete HRG mit seinen reaktionären und restriktiven Inhalten hat die Hoffnung der demokratischen Öffentlichkeit auf eine Reform des Hochschulwesens im Sinne der arbeitenden und lernenden Bevölkerung zerstört. Das HRG ist Ausdruck der Krise, in die das bundesrepublikanische Bildungssystem geraten ist. Für die Herrschenden hat sich die Notwendigkeit ergeben, möglichst schnell eine Effektivierung des Bildungswesens durch eine zentrale Planung und Lenkung, durch Straffung und Steuerung des Studiums, durch Umstrukturierung der Hochschulen zu erreichen. Daher steht die Zielsetzung einer absoluten

Anpassung des Bildungswesens an die Bedürfnisse der Großindustrie und der politischen Reaktion in der BRD. Dies geschieht insbesondere dadurch, daß man auf allen Ebenen in die Autonomie der Hochschulen eingreift... Damit Forschung und Lehre im Sinne des kapitalistischen Systems ausgerichtet bleiben, wird jeder Ansat für die demokratische Mitbestimmung zerstört, werden die Professoren wieder mit Machtpositionen ausgestattet, wie sie nur die alten Ordinarienuniversitäten kannten. Darüber hinaus wird der NC festgeschrieben und legalisiert ohne den Versuch, die Ursachen des NC zu verändern. Dies trifft insbesondere Kinder aus der Arbeiterklasse. Um diese rigiden Maßnahmen abzusichern, wurde ein Ordnungsrecht geschaffen, das alle bisherigen Disziplinierungsmaßnahmen in den Schatten stellt. Wie die

Wehrpflichtigen werden die Studenten einem besonderen Gewaltverhältnis unterworfen. Kritische Studenten sollen mundtot gemacht werden, damit Friedhofsmauern an den Universitäten errichtet. Durchsetzung des reaktionären Gesetzesinhaltes ist dieses Sonderrecht geschaffen worden, das ein Klima der Verängstigung und Duckmauerungs an den westdeutschen Universitäten zur Regel werden lassen soll. Um die häufig bewiesene Geschlossenheit der Verfaßten Studentenschaft zu brechen, werden diese nunmehr zur Liquidierung freigegeben, da die Bildung von Verfaßten Studentenschaften nur noch eine Form Bestimmung ist. Außerdem sieht das HRG nur die Wahrnehmung des hochschulpolitischen Mandats vor. Trotz der durch das HRG entstandenen Situation gilt es nun nicht in Resignation zu verfallen, denn dies wäre genau die Reaktion, die sich die Herrschenden erhoffen. Es gilt vielmehr zur Durchsetzung unserer Interessen sich die Unterstützung fortschrittlicher demokratischer Organisationen gernerbeitender Bevölkerung zu erhalten; umsoobaines Änderung des Gesetzes zu bewirken. Unsere Probleme sind in die Öffentlichkeit zu tragen, es muß der arbeitenden Bevölkerung deutlich gemacht werden, daß das HRG nicht nur ein hochschulinternes Problem ist. Wir müssen diesen Kampf gemeinsam führen... Wie die

fordern auch eine Kritikpunkte hier in einer Zusammenfassung gegeben werden: Für Forschungen mit Mitteln Dritter soll eine generelle Anzeigepflicht gelten, wobei die Ausgestaltung, Länder Sache ist. Das Ordnungsrecht soll bestimmen, daß die Einschreibung zum Studium widerrufen werden kann, wenn ein Student durch Anwendung von, durch Aufforderung zum oder durch Bedrohung mit Gewalt Hochschulveranstaltungen hindert oder ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Pflichten abhält. Die Vergabe von Studienplätzen soll wegen der Aufhebung des bisherigen geltenden Staatsvertrages durch ein bayerisches Gericht neu geregelt werden. Zulassungszahlen sollen durch Landesrecht jeweils für die Dauer eines Jahres festgesetzt werden. Für Härtefälle, Ausländer und Fachhochschulabsolventen soll eine Quote von drei Zehnteln vorbehalten bleiben. Bei den Kriterien soll zunächst die Qualifikation entscheiden. Solange die Leistungen in den Ländern nicht vergleichbar sind, werden Landesquoten gebildet. Bei den beschlossenen Mischquote soll die Zahl der Bewerber zwischen 18 und 21 Jahren berücksichtigt werden, wobei Stadtstaaten günstiger als Flächenstaaten

### Die wichtigsten Bestimmungen des HRG

- Der gesetzliche Auftrag zur Neuordnung des Hochschulwesens bleibt erhalten. Dabei ist festgelegt, daß das Ziel der Gesamthochschule bleibt; die integrierte und die kooperative Gesamthochschule sind dabei gleichberechtigt.
- Die Ausgestaltung der Hochschulkonferenz bleibt der Landeshochschulkonferenz vorbehalten; eine Bundeshochschulkonferenz wird als Möglichkeit offengelassen.
- Die Freistellung von Hochschulmitgliedern, die an den Studienreformen mitarbeiten, ist auf Vorschlag von Finanzminister gestrichen worden.
- Die Länder sollen gemeinsam Studienreformkommissionen bilden, die die Studiengänge, die mit einer Staatsprüfung abschließen, einbezogen sollen. Dabei wird an den Regelstudienzeiten festgehalten. Gleichfalls geregelt werden die Prüfungsfristen bei den Regelstudienzeiten und die Sanktionen bei Überschreitung der Fristen. Diese Vorschriften gelten auch für Studiengänge mit Staatsprüfung. Prüfungen sollen grundsätzlich innerhalb der Regelstudienzeit, spätestens aber sechs Monate nach deren Ablauf abgenommen werden.

- Für Forschungen mit Mitteln Dritter soll eine generelle Anzeigepflicht gelten, wobei die Ausgestaltung, Länder Sache ist.
- Das Ordnungsrecht soll bestimmen, daß die Einschreibung zum Studium widerrufen werden kann, wenn ein Student durch Anwendung von, durch Aufforderung zum oder durch Bedrohung mit Gewalt Hochschulveranstaltungen hindert oder ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Pflichten abhält.
- Die Vergabe von Studienplätzen soll wegen der Aufhebung des bisherigen geltenden Staatsvertrages durch ein bayerisches Gericht neu geregelt werden. Zulassungszahlen sollen durch Landesrecht jeweils für die Dauer eines Jahres festgesetzt werden. Für Härtefälle, Ausländer und Fachhochschulabsolventen soll eine Quote von drei Zehnteln vorbehalten bleiben. Bei den Kriterien soll zunächst die Qualifikation entscheiden. Solange die Leistungen in den Ländern nicht vergleichbar sind, werden Landesquoten gebildet. Bei den beschlossenen Mischquote soll die Zahl der Bewerber zwischen 18 und 21 Jahren berücksichtigt werden, wobei Stadtstaaten günstiger als Flächenstaaten

- gestellt werden. Weiter sollen berücksichtigt werden Wartezeiten und Berufszeiten, wobei festgelegt wird, daß Studienzeiten keine Wartezeiten sind.
- Ein besonderes Auswahlverfahren soll eingeführt werden, wenn die Qualitätsanforderungen zu hoch sind und die Wartezeiten zu lang sind.
- Zum Satzungsrecht wird festgelegt, daß in allen Gremien, die die Forschung, die Lehre und die Berufung von Professoren betreffen, die Professoren die absolute Mehrheit haben sollen. Ebenfalls soll die Mehrheit der Professoren auch im zweiten Gang keine Entscheidung fällen.
- Bei der Ausgestaltung des Status der Studentenschaften legen die Länder die Einzelheiten fest.
- Die Bezeichnung "Dozent" entfällt. Für Hochschulassistenten werden Bestimmungen eingeführt, die eine einheitliche Entwicklung der Personalstruktur an den Hochschulen ermöglichen soll.

### Rektorwahlausschuß gebildet

Wegen des Rücktritts des bisherige stellvertretenden Rektors, Professor Dr. Wolfgang Promies, hat das Konzil auf seiner gestrigen Sitzung einen Rektorwahlausschuß gebildet, der die Wahl organisatorisch vorbereitet und Wahlvorschläge entgegennimmt. Vorschläge für die Wahl des stellvertretenden Rektors müssen bis zum 27. Januar (12 Uhr) bei Ausschussmitglied Professor Dr. Sprockhoff eingereicht werden. Neben Sprockhoff

gehören Wiss. Ass. Klaus Köster, Johannes Lüpkes und der Student Wilhelm Kleinert dem Ausschuss an. Ob der Ausschuss allerdings überhaupt in Aktion treten wird, ist fraglich, da sich noch immer nicht abgezeichnet hat, ob sich ein Kandidat zur Verfügung stellt. In den einzelnen Gruppen wird wohl mehr überlegt, ob sich lohnt, für ein halbes Jahr einen Stellvertreter zu wählen.

## Orientierungswoche SS '76

Die Studienkommissionen, Fachschaften und Lehrpersonen aller Studiengänge sind von der Zentralen Studienberatungsstelle aufgefordert worden, sich bei der Gestaltung und Durchführung der Orientierungswoche zum SS '76 (12.4. bis 15.4.) zu beteiligen und sich bis zum 30.4. für die Studiengang- und Projektvorstellung bei der Zentralen Studienberatung anzumelden. Am Mittwoch, den 4. Februar, 14.00 bis 16.00 Uhr, findet im VG 319 eine Vorbesprechung zur Orientierungswoche statt, auf der die vorgelegte Konzeption zur Gestaltung der Orientierungswoche dargestellt und diskutiert werden soll.

Nach der bisherigen Planung soll sich jeder Studiengang zwei Stunden vorstellen können, wobei der erste Teil der Vorstellung von der Studienkommission geplant und organisiert wird. In dieser allgemeinen Studieneingangsberatung sollten möglichst in Form von kurzen Zusammenfassungen die wichtigsten Problembereiche des Studiums dargestellt und diskutiert werden. Um die allgemeinen Studieneingangsinformationen der einzelnen Studiengänge besser aufeinander abzustimmen, hat die Zentrale Studienberatung den Studienkommissionen eine Themenliste vorgeschlagen, die die wichtigsten Berufungsbereiche enthält, die in einer solchen Veranstaltung angeschnitten werden können. Der zweite Teil der Studieneingangsveranstaltung wird wie in der Vergangenheit der letzten Orientierungswoche von

der Fachschaft organisiert, wobei diese Vorstellung möglichst in Arbeitsgruppen und im Plenum erfolgen sollte, um eine intensive Diskussion mit möglichst breiter Beteiligung der Studienanfänger zu ermöglichen. Gerhard Lotze

### Lehrer arbeitslosigkeit

Für eine Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Subventionen für Großkonzerne zugunsten neuer Lehrplanstellen hat sich das Konzil auf seiner letzten Sitzung ausgesprochen. In dem einstimmig gefaßten Beschluß fordert das Konzil gleichzeitig die Landesregierung auf, umgehend ausgebildeten Lehrern zu den bisherigen Bedingungen einzustellen.

In der Begründung dazu heißt es, in diesem Jahr werde es allein 2.000 arbeitslose Lehrer in Niedersachsen geben (darunter 550 in Oldenburg), obwohl der Stundenausfall im Lande 20 Prozent betrage, die Klassenfrequenz zu hoch sei und immer noch 25 Prozent aller Schulabgänger bei Beendigung ihrer Schulzeit keinen Schulabschluß erreichten.

### Kolloquium geplant

Zum Thema "Psychosoziale Versorgung" wird von Professor Dr. Belschner (FB I) und Professor Dr. Peters (FB I) ein Forschungskolloquium geplant, aus dem zum WS 1976/77 ein Projekt hervorgehen könnte. Interessierte Lehrende, vor allem auch aus dem FB III, werden um Kontaktaufnahme gebeten.

### Cafeteria im AVZ?

Der Senat hat sich auf seiner letzten Sitzung noch einmal dafür ausgesprochen, daß in AVZ eine Cafeteria eingerichtet wird. Bisher sind sämtliche Pläne, für die Hochschulangehörigen einen allgemeinen Aufenthaltsort einzurichten, an technischen Schwierigkeiten und am Einspruch des Bevollmächtigten der Hochschulbaugesellschaft gescheitert. Sowohl das Studentenwerk als auch die Abteilung Planung und Statistik bemühen sich weiter, damit ein Raum zur Verfügung gestellt werden kann. Für die Einrichtung

tung einer Cafeteria stehen dem Studentenwerk 40.000,- DM zur Verfügung.

### 140,- DM gefordert

Der Vertrauensleutkörper der OTV-Betriebsgruppe hat sich in einem Beschluß noch einmal nachdrücklich für eine Festbetragsförderung ausgesprochen, die nunmehr auch von der Gesamt-OTV gefordert wird. Allerdings hält der Vertrauenskörper daran fest, daß anstelle von 135,- DM die Mindestforderung 140,- DM betragen müßte.

### Leserbrief

Wir, die Uni-info-Lesergemeinschaft Mensa (Wilm) haben bei der Lektüre des uni-info 2/76 mit größtem Befremden davon Kenntnis genommen, daß es offensichtlich erwünscht ist, daß Studenten, die nicht in dem Genuß einer humanistischen Bildung gekommen sind (z.B. Z-Prüflinge), nicht mehr zum aktiven Leserkreis des uni-info gehören sollen. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß das geflügelte lateinische Wort "in dubio pro reo" ohne die in den Asterix-Heften allseits bekannten und geschätzten eindutschen Fußnoten verwendet wird. Statt dieses Vorgehen etwa den Versuch dar, Leserkreis bzw. den Versuch, einen Leserkreis (Clausus\*) einzuführen? Wir, die Wilm, weisen derartige elitäre Bestrebungen auf das Entschiedenste und Schärfste zurück, und zwar unter der Zielsetzung: errare humanum est.

\* = NC = zue Nummer = es dürfen nicht \* = so geht das nicht.

Harald Reigler, Manfred Jollers, Bernward Heckenberg, Jörg Sieländer Die Pressestelle der Redaktion: Eneul, Hoc non volumus.

### Zufahrt freihalten

Das Studentenwerk Oldenburg bittet die Universitätsangehörigen, in Zukunft keine Fahrzeuge auf den Wirtschaftshof der Mensa oder in der Zufahrt abzustellen.

### Tutorenanmeldung

Für die Tutorenarbeit im Sommersemester 1976 hat das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) einen Terminplan bekanntgegeben. Wie im uni-info 2/76 berichtet, wird es im 2. und 3. Quartal 1976 voraussichtlich 160 Tutoren- und Wissenschaftliche Hilfskraftstellen geben. In der Regel wird die Einstellung von nicht in der Lehre tätigen wissenschaftlichen Hilfskräften nach dem gleichen Terminplan erfolgen. Außerhalb des Terminplanes zu besetzende Stellen werden im uni-info ausgeschrieben. Terminplan:

- 9.-16.1. Bedarfsumfrage bei den Veranstaltern, Umfrage bei den Tutoren zum Weiterbeschäftigungswunsch.
- 19.-22.1. Auswertung durch die Tutorenausschüsse der Fachbereiche.
- 4.2. Senat - Beschlussfassung über die Anzahl von Tutorenstellen im SS 76.
- 26.1.-6.2. Ausschreibung der Tutorenstellen.
- 11.-14.2. Auswahlverfahren.
- 15.3. Einstellung neuer Tutoren für das SS 76.



## Uni-Gesellschaft

# Ausbauplanung kritisiert

Gegenüber dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Professor Dr. Heidhues (Göttingen), hat der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft e.V., Dr. Hans-Arnold Simon, sein Bedauern über die neuesten Ausbauplanungen ausgedrückt. In einem Brief kritisierte Simon besonders, daß in einer späteren Gesamthochschule die Studienbereiche Elektrotechnik und Maschinenbau nicht mehr vorgesehen seien. Die Notwendigkeit einer stärkeren industriellen Erschließung des Nordwestraumes zur Förderung der Wirtschaftsstruktur erforderte gerade auch diese Ingenieurwissenschaftlichen Studienplätze.

Immerhin bleibt allerdings das Bemühen der Landesregierung, so Simon, erkennbar, den Bereich der Naturwissenschaften in der regional notwendigen und finanziell möglichen Größenordnung auszubauen.

Nachdrücklich richtet Simon die Bitte

## Zeitungsarchiv

Die Pressestelle verfügt neuerdings über einen kleinen Archivraum (A 103), in dem u.a. das Zeitungsarchiv und andere Materialien untergebracht sind. Vorteil: U.a. ist jetzt das Zeitungsarchiv allen Hochschulangehörigen jederzeit zugänglich. Unter den 16 Stichworten können darin aus verschiedensten Tages- und Wochenzeitungen Berichte zu bildungspolitischen Fragen eingesehen werden. Ebenfalls ist es möglich, hier die Tages- und Wochenpresse zu studieren (11 Tageszeitungen, 6 Wochenzeitungen und -magazine).

## Konstituierung

Im Fließbandverfahren werden sich am Mittwoch (28.1.1976) die Senatsausschüsse konstituieren. Einziger Tagesordnungspunkt: Konstituierung. Der Rektor, der die Ausschüsse einberuft, hatte dieses Verfahren gewählt, damit die Ausschüsse ihre Arbeit aufnehmen können. Sämtliche Sitzungen finden im Konferenzraum statt. Die Termine:

14.00 - 14.15 Uhr	Programmausschuß
14.15 - 14.30 Uhr	EDV-Ausschuß
14.30 - 14.45 Uhr	Kommission für Belegungsplanung
14.45 - 15.00 Uhr	ZETWA-Ausschuß
15.00 - 15.15 Uhr	BIS-Ausschuß
15.15 - 15.30 Uhr	Sozialausschuß
15.30 - 15.45 Uhr	Kommission zur Erstellung einer Ordnung zum Verfahren zur Feststellung der Befähigung zu wiss. Lehre
15.45 - 16.00 Uhr	Senatskommission für die allgemeine Studienberatung
16.00 - 16.15 Uhr	Senatskommission für den Hochschulsport

an den Wissenschaftsrat, den für die Entwicklung des Nordwestraumes "so entscheidenden weiteren Ausbau der Universität Oldenburg und der späteren Gesamthochschule zumindest in dem durch die Landesregierung nunmehr vorgeschlagenen Umfang zu unterstützen". Die beginnende Zusammenarbeit zwischen der Universität Oldenburg auf der einen sowie der Bevölkerung und den Institutionen der Region Oldenburg auf der anderen Seite lasse eine Entwicklung erwarten, die den weiteren Ausbau der Hochschule nicht nur unter regionalpolitischen, sondern ebenso unter hochschul- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll erscheinen lasse. gh

## Verkehrszählung

Die Abteilung Planung und Statistik benötigt für die weitere Universitätsplanung Daten über das Verkehrsaufkommen im Bereich der Universitäts- und Fachhochschulgelände. Zu diesem Zweck wird in der Woche vom 26. - 30. Jan. 1976 täglich mehrmals eine Zählung der abgestellten PKW durchgeführt.

## Personalien / Personalnotizen

Joachim Lühring, wissenschaftlicher Assistent im FB IV, promovierte im November 1975 an der Universität Münster zum Dr. phil. mit der Note "sehr gut". Thema der Doktorarbeit "Die Urbanisierung in Ghana. Eine sozialgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung, Problematik und Überwindung innerstädtischer und regionaler Disparitäten".

\*

Professor Dr. Hans Dietrich Raapke, Hochschullehrer im Fach Pädagogik, hat seinen Ruf an die Universität Hamburg abgelehnt. In einem Schreiben an den Rektor erklärte Raapke, er habe sich entschlossen, sich weiterhin an dem mühseligen Geschäft der Entwicklung dieser Reformuniversität zu beteiligen, anstatt ein wahrscheinlich bequemeres Professorendasein an der wohlta-blierten Universität Hamburg vorzuziehen.

## Veranstaltungs- und Terminkalender

Am Montag, den 26. Januar 1976 veranstaltet der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi)-Sektion Oldenburg um 20.00 Uhr in der Aula der Universität eine Podiumsdiskussion zum Thema "Ökonomie und Politik im heutigen Kapitalismus - zur Kontroverse um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus". Zu dieser Veranstaltung sind die Wissenschaftler Elmar Altvater (West-Berlin), Jörg Huffschmid (Bremen) und Robert Katzenstein (West-Berlin) eingeladen, die Autoren des Argument-Sonderbandes 6 "Zur Theorie des Monopols" sind.

\*

Montag, 26.1.76, 16.00 Uhr, AVZ 2-404  
Gastvortrag zum Thema "Anfänger der Kollektiverziehung in der Sowjetunion" von Professor Dr. I. Rüttenauer (PH Westfalen-Lippe, Abteilung Münster). Veranstalter: Fach Erziehungswissenschaft.

\*

Freitag, 30.1.76, 18.00 Uhr, Hörsaal F  
Podiumsdiskussion zwischen dem Marxismuskritiker Professor Dr. Werner Becker (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M.) und dem Marxisten Professor Dr. Hans Heinz Holz (Philipps-Universität Marburg) zum Thema "Marxistische Dialektik und wissenschaftliche Kategorien". Veranstalter: DSK Philosophie.

Im Rahmen des geographischen Kolloquiums werden Fred Scholz (Universität Göttingen) am Donnerstag, den 29.1.76, zum Thema "Kolonialzeitlicher Wandel im nomadischen Lebensraum Belutschistan/Pakistan-Analyse der Entwicklung einer peripheren Region eines Peripherielandes" und Jochen Lühring (Universität Oldenburg) am Montag, den 2.2.76, zum Thema "Geographische Forschung und Unterentwicklung - das Theoriedefizit einer Wissenschaft und seine Folgen" sprechen. Ort und Zeit: Jeweils 20.00 Uhr im AVZ 3-449. Veranstalter: FB IV, Fach Geographie.

\*

Mittwoch, 28.1.76, 20.00 Uhr, Aula.  
Kino für den Fortschritt "Little Big Man" mit Dustin Hoffmann und Faye Dunaway. Veranstalter: ASTA.

\*

Donnerstag, 29.1.76, 11.00 Uhr, VG 502  
Gastvortrag zum Thema "Didaktische Fragen gesellschaftlich-politischer Erwachsenenbildung" von Professor W. Frenz (Gesamthochschule Kassel).

\*

Donnerstag, 29.1.76, 18.30 Uhr, Hörsaal F.  
Vortrag und Diskussion über das Thema "Sport und Leibeserziehung im dritten Reich" von Professor Dr. Bennett (Universität Bonn, Institut für Sportwissenschaft).